

Freie Hansestadt Bremen Ortsamt Borgfeld	28357 Bremen, 12.Nov.2009 Borgfelder Landstr.21		
Legislaturperiode 2007-2011, Protokoll, lfd.-Nr. 31			
Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Beirates			
Datum: 20. Okt. 2009	Beginn: 19.30 Uhr	Ende: 22.30 Uhr	Sitzungsort: Ernst-Klüver-Halle (Schützenhalle) Hamfhofsweg 4
<p>Teilnehmer:</p> <p>Ortsamt: 0AL Neumann-Mahlkau als Vorsitzender, Herr Bauer als Schriftführer,</p> <p>Beirat: die Damen Clüver und Piontkowski, die Herren Behrens, Bramsiepe, Filser Ilgner, Dr. Linke, Schilling und Stief,</p> <p>Gäste: die Herren Möller, Stadtgrün, Mathei, ASV, Theiling, Planungsbüro Protze+Theiling (p+t).und Herr Steuer, BSAG</p>			
<p><u>Tagesordnung:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Genehmigung der Tagesordnung 2. Genehmigung des Protokolls vom 16.06.2009 und 18.08.2009 3. Wünsche und Anregungen der Bürger 4. Baumfällaktion in Borgfeld (hierzu: Herrn Ralf Möller von Stadtgrün) 5. Fragen der SPD Fraktion: <ol style="list-style-type: none"> a) Sachstandsbericht Straße zum SC Borgfeld (dazu: Vertreter SUBVE) b) Verkehrsberuhigungsmaßnahmen (hierzu: Vertreter des ASV) c) Beantragtes Schutzgitter Haltestelle Linie 4, Daniel-Jacobs-Allee (hierzu: Vertreter der BSAG) d) Ergebnis Runder Tisch „Alter Kirchweg“ 6. Ausstellung Beiräte/Ortsämter “Bremen plant – mach mit!“ (hierzu Frau Günther und Herr Theiling von Protze+Theiling (p+t)) 7. Vorschläge für Anträge an Stiftung Wohnliche Stadt 8. Vergabe der noch vorhandenen Globalmittel 9. Stand der Schulstandortplanung (Hier Antrag der CDU) 10. Einsetzung eines nicht-ständigen Ausschusses zur Gründung eines Jugendbeirates (Hierzu Antrag der CDU) und 11 Stellungnahme zum neuen Beiratsgesetz 12. Mitteilungen 			

Herr **Neumann-Mahlkau** eröffnete die Sitzung um 19:30 Uhr und begrüßte die Erschienenen, u.a. die Referenten der Fachbehörden.
Aus terminlichen Gründen wird zum TOP 6 vom Planungsbüro Protze+Theiling (p+t) Herr Theiling kommen.

TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung

Herr **Neumann-Mahlkau** berichtete, dass zum vorgesehenen Punkt 5 a kein Referent des SUBVE erscheinen könnte und deshalb dieser TOP vertagt werden sollte.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls vom 16.06.2009 und 18.08.2009

Herr Neumann-Mahlkau bat um Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen am 16.06. und 18.08.

Das Protokoll vom 16.06. wurde einstimmig genehmigt.

Zum Protokoll vom 18.08. bat Herr Dr. Linke um folgende Änderungen:

Auf Seite 2 soll hinzugefügt werden hinter Beschwerdeführer: Der Vertreter der Initiative Hamfhofsweg und

Auf S. 9 soll nach Loch in der Spielwiese: „Fußballspielende Kinder“ und „Antrag zur Geschäftsordnung“ eingefügt werden.

Dem Protokoll wurde bei diesen Änderungen einstimmig zugestimmt.

TOP 3: Wünsche und Anregungen der Bürger

Beiratsmitglied **Lüder Behrens** trug vor, dass im Hamfhofsweg eine große Schwelle bei der Überwegung des Jan-Reiners-Weg gebaut worden ist. Beim Überfahren sind zwei Reifen an seinem Trecker geplatzt, obwohl er sich an die zulässige Geschwindigkeit gehalten habe. Er fragte an, ob dies seine Richtigkeit habe.

Herr **Mathei**, ASV erklärte dazu, dass er sich den Standort angesehen hat und diese Schwelle den Richtlinien entsprächen. Das Gefälle liege nur bei 10 %.

Frau **Piontkowski** wies darauf hin, dass die Verkehrsdebatten der letzten Jahre gezeigt hätten, dass die Schwelle, insbesondere da die Schrägen mit Granitpflaster versehen seien, beim Überfahren zu Geräuschbelästigungen führen könnten. Herr **Mathei** gab an, sich dies nicht vorstellen zu können.

Herr **Bramsiepe** wies darauf hin, dass in der Bgmst.-Kaisen-Allee eine Bank vom Bürgerverein aufgestellt worden ist. Diese wurde jetzt mutwillig aus der Verankerung gerissen und wurde in den Graben geworfen. Er fragte an, wer für die Reparatur aufkomme.

Herr **Huesmann** erklärte dazu, dass der Beirat die Bänke aus Globalmitteln bewilligt habe und durch die Firma Hermann Kothe aufgestellt worden sind. Die Reparatur und die Wiederaufstellung sollte deshalb der Beirat bezahlen.

Herr **Schilling** erklärte sich bereit, für die Reparatur zu sorgen. Herr Drews und Herr Huesmann erklärten sich bereit, ihm dabei zu helfen. Herr Neumann-Mahlkau wollte die organisatorische Arbeit übernehmen.

Frau **Piontkowski** trug vor, dass letzte Woche kein Kabelfernsehprogramm zu empfangen war, weil ein Kabelverteilerkasten offenbar durch ein hereingefahrenes Fahrzeug beschädigt worden ist, aber inzwischen wieder repariert wurde und somit der Empfang wieder in Ordnung wäre. Sie fragte, ob dem Ortsamt etwas über einen Unfall an dieser Stelle bekannt sei, was von Herrn **Neumann-Mahlkau** verneint wurde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

TOP 4: Baumfällaktion in Borgfeld

Zu diesem TOP begrüßte Herr **Neumann-Mahlkau** den Referenten von Stadtgrün Herrn Möller.

Herr **Möller** berichtete, dass nach der Baummeldeliste in Borgfeld einige Bäume gefällt werden müssten, weil sie nicht mehr die Standsicherheit nachweisen. Für Borgfeld sind das im Verhältnis zu den anderen Stadtgebieten und dem insgesamt sehr großen Bezirk nur sehr wenige. Es müssten 50 Bäume gefällt werden. 17 Bäume seien nach der Baumschutz VO meldepflichtig. Es gäbe 18 Empfehlungen für Nachpflanzungen, die nicht ausfinanziert seien. Die Anzahl der zu fällenden Bäume werde jedes Jahr anhand einer Baummeldeliste überprüft. Durch die geringe Mitarbeiterzahl von nur 4 Personen für Borgfeld und Horn/Lehe sowie weiteren 5 überregionalen Mitarbeitern im Bezirk, zu dem Borgfeld, Horn, Oberneuland Schwachhausen und Vahr gehören, könnten nur die nötigsten Pflegearbeiten durchgeführt werden. Die Pflege der Bäume würde dadurch in den Hintergrund geschoben werden. Herr Möller wies auf die Anzahl der Bäume im gesamten Bereich des Stadtgebietes hin. Die Anzahl der Bäume in Bremen sei gestiegen. 1998 habe der Gesamtbestand noch bei 45.700 Bäumen gelegen. 2006 habe er bei 57.000 Bäumen gelegen. Das entspreche einer 25 %-igen Steigerung. Im Bezirk habe es im Jahr 2000 18940 Bäume gegeben, jetzt 19.685 Bäume. Dabei wurde das Haushaltsbudget auf 36 % gesenkt. Es könnten in für die zu fällenden Bäume keine zeitnahen Ersatzpflanzungen im Frühjahr vorgenommen werden. Senator Loske wolle zwar Nachpflanzungen, die Finanzierung stehe aber nicht. Stadtgrün würde jedes Jahr mit einem Defizit starten, das ausgeglichen werden müsse. Eine Fremdvergabe sei nicht möglich. Es bestehe eine absolute Ausgaben Sperre.

Herr **Ilgner** fragte nach, ob für den Doppelhaushalt 2010/2011 Mittel für Nachpflanzungen vorgesehen wären und ob Stadtgrün schon Erfahrungen mit Patenschaften für Bäume habe.

Herr **Möller** erklärte, dass es lediglich Absichtserklärungen für die Bereitstellung von Mitteln gäbe, jedoch sei ihm die Höhe nicht bekannt. Gesucht werden außerdem Patenschaften für die Baumpflege, weil einige Bürger sich dafür bereits eingesetzt haben. Nach einer Neupflanzung wäre eine Pflege von 4 bis 5 Jahre erforderlich. Speziell in den Sommermonaten bestünde die Schwierigkeit, dass eine dauerhafte Bewässerung der Bäume erreicht werden kann. Die Bürger könnten zur Pflege der Bäume nicht verpflichtet werden.

Herr Dr. Linke trug vor, dass die Kassen leer seien. Er schlug vor, selbst die Initiative zu ergreifen und die Bäume zu wässern.

Frau **Piontkowski** bezeichnete es als eine Bankrotterklärung für einen grünen Bausenator, wenn einerseits ein grünes Bremen zum Politikziel erklärt würde, andererseits aber die Mittel für die Pflege und Unterhaltung bzw. Nachpflanzung der Bäume so stark zusammen gestrichen werde. Sie zitierte aus einer Bürgerschaftsdrucksache zu Stadtgrün. Sie habe deshalb für ihre Fraktion einen Antrag auf Ersatzpflanzungen formuliert und trug diesen vor.

Herr **Ilgner** fragte an, wann die beste Pflanzzeit wäre

Herr **Möller** berichtete, dass die beste Pflanzzeit Mitte Oktober bzw. Mitte April wäre. Eine späte Pflanzung, etwa im Oktober, habe den Vorteil, dass die Bäume eine bessere Wurzelbildung bekämen, weil die Erde noch warm sei. Allerdings falle in dieser Zeit bei Stadtgrün auch die meiste Arbeit an, weil Baumfällarbeiten bis 28. Februar abgeschlossen sein müssen. Aus organisatorischen Gründen sei es daher für Stadtgrün besser, im Frühjahr nachzupflanzen.

Herr **Grede** fragte an, ob es Patenschaften für die Baumpflege gäbe und was zu tun wäre.

Herr **Möller** erklärte dazu, dass es in Bremen schon Patenschaften gäbe und etliche Bürger auch die Pflege für die Nebenanlagen, die sie teilweise selbst bepflanzt haben, übernommen haben. Es gäbe dazu keinen Vertrag. Er begrüßte die Bereitschaft zur Übernahme von Baumpatenschaften.

Herr **Huesmann** wies darauf hin, dass es in Borgfeld schon seit Jahren Paten für die Blumenkübel in der Ortsmitte gäbe.

Herr **Grede** bat um die Angabe von Standorten in Borgfeld, wo noch Bäume gepflanzt werden könnten.

Herr **Ilgner** bat um eine Änderung in dem Antrag, das Wort zeitnah in unverzüglich und adäquat zu übernehmen.

Herr **Dr. Linke** bat um eine weitere Ergänzung: „Der Beirat fordert, dass Stadtgrün mit ausreichenden Mitteln für eine dauerhafte Pflege ausgestattet wird.“

Dem Antrag wurde mit den Ergänzungen von Dr. Linke einstimmig zugestimmt.

TOP 5: Fragen der SPD Fraktion

TOP 5a.) Sachstandsbericht Straße zum SC Borgfeld

Hierzu berichtete Herr **Neumann-Mahikau**, dass zu diesem Sachstandsbericht kein Mitarbeiter des SUBVE abgeordnet werden konnte. Es könne dazu keine Stellungnahme vorgelegt werden.

TOP 5b.) Verkehrsberuhigungsmaßnahmen.

Hierzu erklärte Herr **Mathei**, dass er erst am letzten Freitag die geänderten Pläne erhalten habe. Die Anordnung für die Umsetzung der Verkehrsberuhigungsmaßnahmen in der Borgfelder Landstraße könnte daher jetzt erst geschrieben werden. Sie solle zeitnah umgesetzt werden.

Herr **Grede** fragte an, ob der weiße Strich in der Borgfelder Landstraße dann auch entfernt werde. Dieser stelle ein Gefahrenproblem dar, wenn sich zwei Fahrzeuge begegnen und gleichzeitig Radfahrer oder Fußgänger auf dem durch den weißen Strich abgegrenzten Bereich befinden.

Herr **Mathei** berichtete, dass die Verkehrsberuhigungsmaßnahme im Upper Borg demnächst umgesetzt werden. Zu den geforderten Maßnahmen in der Bgmst.-Kaisen-Allee berichtete er, dass die BSAG wegen des Busverkehrs keine Einwände erhebe, wenn sich die Fahrbahnverengungen nicht auf der Fahrbahnseite befinden, die von der Buslinie 32 benutzt wird. Außerdem müssten Parkplätze entfallen, deshalb würde das ASV keine Maßnahmen durchführen. Einengungen auf nur einer Seite würden auch keinen Sinn machen. Er sei zu verschiedenen Zeiten an verschiedenen Tagen in der Bgm.-Kaisen-Allee gewesen und habe keine übermäßige Geschwindigkeit feststellen können.

Herr **Neumann-Mahikau** fragte nach, welcher Zeitraum für die Durchführung der Maßnahmen „zeitnah“ bedeuten würde.

Herr **Mathei** erklärte dazu, dass die beauftragte Firma fünf Wochen Zeit habe, die Maßnahmen durchzuführen.

Herr **Neumann-Mahikau** bat um Entfernung des weißen Striches, weil dieser eine Gefahrenquelle bedeute und wies darauf hin, dass der Beirat schon mehrfach die Entfernung gefordert habe.

Herr **Ilgner** trug vor, dass Radfahrer und Fußgänger den durch Pfähle abgetrennten Teil der Borgfelder Landstraße benutzen sollen und deshalb der weiße Strich entfernt werden müsste, weil dieser immer noch von den Radfahrern und Fußgängern benutzt werde.

Herr **Stief** wies darauf hin, dass bei der Radtour des Beirates festgestellt worden ist, dass dieser weiße Strich zu einer Unsicherheit für alle Verkehrsteilnehmer führe und sich gegenseitig gefährden.

Frau **Piontkowski** erklärte, dass ein Prüfauftrag eingereicht werden solle.

TOP 5c.) Beantragtes Schutzgitter Haltestelle Linie 4, Daniel-Jacobs-Allee

Hierzu wurde als Referent der BSAG Herr Steuer begrüßt.

Herr **Steuer** berichtete, dass der Antrag des Beirates auf Anbringung eines Schutzgitters geprüft worden ist und das Gitter auch aufgestellt wird. Von Seiten der BSAG werde die Maßnahme allerdings etwas skeptisch angesehen, weil die Bürger nicht immer an gleicher Stelle die Straße überqueren und deshalb die Sicherheit nicht ganz gewährleistet werden kann. Auch kann die gesamte Länge aus Platzgründen nicht wie gefordert aufgestellt werden. Ein Umsetzungstermin könne auch noch nicht festgelegt werden, weil zunächst noch ein Bauantrag gestellt und das Gitter verzinkt werden muss. Das Gitter solle beiderseits des Unterstandes in einer Länge von 5 bis 6 Metern aufgestellt werden.

TOP 5d.) Ergebnis Runder Tisch „Alter Kirchweg“

Zum Antrag Ergebnis des „Runden Tisches Alter Kirchweg“ berichtete Herr **Neumann-Mahlkau**, dass das Gespräch mit den Eigentümern in der letzten Woche stattgefunden habe und dass drei Eigentümer daran teilgenommen haben. Dabei haben die Eigentümer aus ihrer Sicht geschildert, dass sie seit über drei Jahren den Weg für Bürger zum Durchgang freigehalten haben, allerdings mussten sie wiederholt Müll auf ihre Kosten entsorgen, weil die Bürger diesen einfach abgeladen haben. Außerdem haben Leute ihre Hunde laufen lassen und deren „Hinterlassenschaften“ mussten sie auch noch entfernen. Es stelle sich auch die Frage der Versicherung, falls etwas passiere. Das Ziel des Beirates, den Durchgang für Fußgänger wieder zu öffnen, würden sie nicht erfüllen und wären auch nicht gewillt, das alles wieder hinzunehmen.

Herr **Ilgner** bittet mit seinem Antrag den Bausenator um Unterstützung mit dem Hinweis, dass im Bebauungsplan 1986 eine Verlängerung dieses ursprünglichen Weges in das Baugebiet Borgfeld-Ost fortgeführt worden ist und dass evtl. durch den Einbau eines Drehkreuzes diese Wegeverbindung für die Öffentlichkeit wieder geöffnet wird.

Herr **Dr. Linke** fügte hinzu, dass er an diesem Gespräch auch teilgenommen habe und partielles Verständnis für die Eigentümer habe. Dennoch liegt nach seiner Einschätzung ein Akt legaler Gewalt vor.

In der weiteren Diskussion wurde zu dem Antrag zu Punkt 2 vorgebracht, dass die Leute meinen, weil sie ein Benutzungsrecht haben, dieses auch ausnutzen zu müssen, dabei müssten sie auch darauf hingewiesen werden, dass sie auf ihre Rechte unter Umständen verzichten müssen.

Herr **Neumann-Mahlkau** vertrat die Auffassung, dass mit diesem Antrag der Bausenator aufgefordert werden soll, mit Gewalt die Öffnung dieser Wegeverbindung wieder herbei zuführen, wobei eigentlich genau das Gegenteil erreicht würde.

Frau **Piontkowski** wies darauf hin, dass sie sowohl Verständnis für die Position der Eigentümer als auch der Spaziergänger habe. Die Sperrung wäre wohl nicht gekommen wäre, wenn sich alle Leute so verhalten hätten, wie es gewünscht wird. Leider war dies nicht der Fall. Sie sprach sich weiter für eine Verständigung aus. Enteignungen werde es mit ihr nicht geben. Sie halte auch nicht viel davon, die Eigentümer zu provozieren, denn ohne die Eigentümer könne hier nichts erreicht werden. Die Rechtslage spreche, dass hätten die Prüfungen aus dem Hause des Bausenators ergeben, für die Position der Eigentümer.

Es wurde vorgeschlagen, im 2. Absatz die Worte, auf den Hollerdeich zu gelangen, zu streichen.

Herr **Stief** vertrat die Auffassung, dass Eigentum das höchste Gut sei und deshalb rechtlich nicht möglich wäre, hier eine Öffnung zu fordern bzw. wieder herzustellen.

Herr **Dr. Linke** verwies darauf, dass es Wilhelm Kaisen damals zuließ, dass die Leute über sein Grundstück gehen durften, diese Gegebenheiten gäbe es heute leider nicht mehr.

Frau **Piontkowski** schlug folgenden Wortlaut vor: „dass, soweit es die Rechtslage zulässt“.

Herr **Dr. Linke** war außerdem der Meinung, dass mit den Formulierungen des Antrags im Grunde eine Enteignung herbeigeführt werden soll, deren Durchsetzung allerdings sehr schwierig sein wird. Weiter sollte in dem Antrag eingefügt werden: „der Bausenator sollte einvernehmlich mit den Eigentümern eine Einigung erzielen“, dagegen soll gestrichen werden, soweit es die Rechtslage zulässt und das Wort „unberechtigt“ einfügen.

Herr **Ilgner** bat im Antrag die Worte: „soweit es die Rechtslage zulässt“ zu streichen.

Dem Antrag wurde mit diesen Änderungen (Herrn Dr. Linke und Ilgner) einstimmig zugestimmt.

TOP 6: Ausstellung Beiräte/Ortsämter “Bremen plant – mach mit!“

Zu diesem TOP begrüßte Herr **Neumann-Mahlkau** den Referenten des Planungsbüros Protze+Theiling (p+ t), Herrn Theiling.

Herr **Theiling** berichtete, dass vom Bausenator die Idee kommt, über die Bremer Stadt- und Ortsteile eine Wanderausstellung unter dem Motto „Bremen plant - mach mit“ zu machen. Dazu werden die Beiräte aufgefordert, über ihren Ortsteil Darstellungen und Informationen zu verschiedenen Themenbereichen zu erstellen, die dann am 29./30. Januar 2010 im Rathaus und später in den Stadtteilen vorgestellt werden sollen. Die Ausstellung soll ähnlich wie zur Expo dargestellt werden. Er informierte über die vorgesehenen Themenbereiche und sagte seine Unterstützung zu. Die 4 Themenfelder würden folgende Bereiche umfassen: Wünsche/Visionen, Image, Selbsteinschätzung, Entwicklungsanstöße für die Gesamtstadt. Bis 7.12.09 solle das Material durch die Beiräte geliefert werden.

Herr **Ilgner** verwies darauf, dass für eine Erstellung zeitlich wenig Spielraum vorhanden wäre. Außerdem schaffe der Beirat es nicht alleine, diesen zeitlichen Rahmen einzuhalten.

Frau **Piontkowski** schlug vor, diesen Aufgabenbereich zusammen mit dem Bürgerverein zu erarbeiten.

Herr **Stief** vertrat die Auffassung, dass er dafür wenig Verständnis habe, weil es unnötig hohe Kosten verursache.

Herr **Theiling** erklärte, dass viel Vorarbeit dazu beim Bausenator mit Bordmitteln geleistet werde.

Herr **Ilgner** schlug vor, Bürger und Jugendliche bei der Themenaufarbeitung mit einzubeziehen.

Frau **Clüver** vertrat die Auffassung, dass die Vereine ebenfalls mit einbezogen und Herr **Dr. Linke** war der Meinung, dass ohne die Bildung eines Arbeitskreises dieser Aufgabenbereich nicht geleistet werden könne.

Frau **Piontkowski** schlug vor, über dieses Thema in einer Bauausschusssitzung mit dem Bürgerverein zu beraten. Diesem Vorschlag wurde einstimmig zugestimmt.

TOP 7: Vorschläge für Anträge an Stiftung Wohnliche Stadt

Hierzu berichtete Herr **Neumann-Mahlkau**, dass die Grundschule Borgfeld dazu einen Antrag für die Gestaltung einer Ruhezone auf dem Schulhof eingereicht habe. Diese soll als Ersatz der alten Waschbetonhocker durch eine künstlerisch gestaltete Schlange dargestellt werden.

Frau **Piontkowski** teilte mit, dass das Jugendfreizeitheim Borgfeld seinen Außenbereich mit einer Ballfanganlage abgrenzen möchte, um dort Tore aufstellen zu können, weil die Jugendlichen auch mal gerne Fußballspielen möchten. Dazu müsste allerdings ein Antrag eingereicht werden. Hierzu verwies sie darauf, dass dazu auch Anträge aus Impulsmitteln gestellt werden können.

Herr **Ilgner** schlug vor, den Antrag von VAJA für die Einzäunung zu unterstützen. Zudem schlug er vor, nach der Fertigstellung der Linie 4 erneut die Anlegung des Naturbadestrandes an der Wümme zu beantragen.

Frau **Jasperski** als Anwohnerin des Hamfhofsweg wies darauf hin, dass der hintere Hamfhofsweg sehr schlecht ausgeleuchtet wäre und bat, dass der Beirat sich für eine stärkere Beleuchtung einsetzen sollte.

Herr **Schilling** verwies darauf, dass der hintere Hamfhofsweg eine Privatstraße wäre und dass es keine Möglichkeit für eine stärkere Ausleuchtung aus Mitteln der Stiftung Wohnl. Stadt gäbe.

TOP 8: Vergabe der noch vorhandenen Globalmittel

Frau **Piontkowski** teilte mit, dass noch Reste aus den Globalmitteln des Beirates zur Verfügung stehen und wie vom Beirat im Frühjahr bereits beschlossen worden ist, diese Restmittel zum Ende des Jahres noch verteilt werden sollen.

Dazu liegen jetzt drei Anträge vor:

1. Verein Vaja möchte für das Freizeitheim einen CD-MP3-Player für 250,- Euro anschaffen,
2. der Borgfelder Schulexpress möchte weitere 10 Schilder aufstellen und beantragt einen Zuschuss in Höhe von 273,11 Euro
3. für die Ergänzung der Weihnachtsbeleuchtung zum Wintermarkt werden 200,- Euro beantragt und der Restbetrag von 429,70 Euro soll der Bürgerverein für die Erstellung einer Dokumentation der 775-Jahr Feier Borgfelds 2010 erhalten.

Herr **Neumann-Mahlkau** berichtete, dass sich die Geschäftsleute darauf geeinigt haben, für die Ergänzung der Weihnachtsbeleuchtung selbst aufzukommen. Deshalb könnte der Betrag von 200,- Euro ebenfalls dem Bürgerverein zugestanden werden. Somit erhält der Bürgerverein insgesamt 629,70 Euro.

Diesen Anträgen stimmte der Beirat einstimmig zu.

TOP 9: Stand der Schulstandortplanung

Frau **Piontkowski** trug vor, dass die Senatorin für Bildung beabsichtigt, Räumlichkeiten in der Grundschule Borgfeld zu Horträumen umzunutzen. Gegen diese Absicht trug sie einen Antrag der CDU-Fraktion vor, mit dem Hinweis, dass die Notwendigkeit der Schaffung von räumlichen Kapazitäten für die Betreuung der 0-3-jährigen Kinder erforderlich ist. Allerdings habe die Grundschule keine freien Raumkapazitäten für die Aufnahme von Kindern im Kindergartenalter.

Herr **Neumann-Mahlkau** teilte dazu mit, dass zu dieser Forderung nunmehr eine Antwort der Senatorin für Bildung vorliegt. Danach gibt es in Zusammenarbeit mit dem Sozialressort und Bildung eine Kooperation, wonach an schon ca. 30 Grundschulen nicht genutzte Räume von Hortgruppen genutzt werden. Für den Bereich Borgfeld liegt allerdings keine Anfrage des Sozialressorts vor. Der Senatorin für Bildung ist allerdings bekannt, dass der Altbau der Grundschule Borgfeld über keine grundschulengerechte Raumgrößen verfügt. Allerdings wurde mit der Schulleitung einvernehmlich vereinbart, dann zwei kleinere

Klassenräume zusammen zu legen, sobald die Schule durchgängig 3-zügig ist. Eine Nutzung von Schulräumen für Kindergarten-/Hortplätze ist damit nicht vorgesehen.

Aufgrund dieser Antwort wurde der Antrag zurückgezogen.

Herr **Neumann-Mahlkau** wies darauf hin, dass vom Senator für Bildung die Schülerzahlen inzwischen für den Planungsbezirk 35 Borgfeld/Horn-Lehe/Oberneuland 2008 bis 2014 vorgelegt worden sind. Eine Aktualisierung der Einschulungsjahrgänge aber noch erfolgen wird.

TOP 10: Einsetzung eines nicht-ständigen Ausschusses zur Gründung eines Jugendbeirates

Frau **Piontkowski** trug vor, dass nach dem neuen Beirätegesetz die Einrichtung eines Jugendbeirates ermöglicht werde. Die Gestaltung obliege den Beiräten. Sie reichte einen Antrag der CDU-Fraktion ein, nach dem ein „nicht ständiger Ausschuss“ eingesetzt werden solle, der sich mit der Gründung eines solchen Jugendbeirates befasst.

Herr **Ilgner** schlug vor, dieses Thema im Ausschuss II zu behandeln. Außerdem müssten zunächst Informationen und Erfahren aus anderen Beiräten eingeholt werden, die bereits bestehende Jugendausschüsse haben.

Herr **Stief** vertrat die Auffassung, dass ein solcher zusätzlicher Ausschuss überhaupt nicht eingesetzt werden sollte und wenn, sollten diese Aufgaben durch den Ausschuss II aufgefangen werden.

Herr **Dr. Linke** wies darauf hin, dass ihm bekannt wäre, dass es bei anderen Beiräten bereits solche Ausschüsse gäbe. Es sollte allerdings keine Bevormundung der Jugendlichen erfolgen, allerdings sollte ihnen eine Chance eingeräumt werden, sich politisch zu beteiligen. Die Einsetzung eines eigenen Ausschusses würde die Bedeutung des Jugendbeirates hervorheben.

Frau **Piontkowski** sagte, der Ausschuss solle die Jugendlichen nicht bevormunden, vielmehr solle mit ihnen diskutiert werden, wie ein solcher Jugendbeirat gestaltet werden könne. Der Ausschuss solle sich wieder auflösen, wenn ein solches Gremium eingesetzt worden sei. Dem Ausschuss sollten keine Vorgaben gemacht werden. In Huchting habe man ebenfalls einen solchen nicht ständigen Ausschuss eingerichtet. In diesen könnten dann auch Experten eingeladen werden, die aus Erfahrungen in anderen Beiräten berichten.

Dem Antrag der CDU-Fraktion auf Einrichtung eines nicht-ständigen Ausschusses wurde schließlich einstimmig zugestimmt.

TOP 11: Stellungnahme zum neuen Beiratsgesetz

Herr **Neumann-Mahlkau** berichtete, dass es eigentlich nicht mehr erforderlich wäre, noch eine Stellungnahme zum Beirätegesetz abzugeben, weil die gesetzte Frist eigentlich schon verstrichen ist und wenn, sollte jede Fraktion einen eigenen Beitrag vorlegen.

Frau **Piontkowski** wies darauf hin, dass die CDU-Fraktion eine Stellungnahme abgegeben habe.

Herr **Ilgner** erklärte, dass seine Fraktion grundsätzliche Bedenken in der Stellungnahme vorgelegt habe.

Herr **Dr. Linke** verwies darauf, dass nach der letzten Sitzung vereinbart worden sei, dass eine neue gemeinsame Stellungnahme ausgearbeitet werden sollte. Anscheinend wäre dies nun nicht mehr der Fall.

Herr **Neumann-Mahlkau** erklärte, dass es eine Kann-Bestimmung wäre, aber nicht sein muss.

Herr **Stief** vertrat wie Herr **Dr. Linke** die Auffassung, dass der Beirat keine gemeinsam gefasste Stellungnahme abgeben sollte.

Frau **Piontkowski** erklärte, dass beabsichtigt wäre, den alten Gesamtbeirat in seiner jetzigen Form aufzulösen und daraus eine Beirätekonferenz zu bilden., obwohl der alte Gesamtbeirat gute Arbeit geleistet habe. Die Inhalte und Aufgaben der Beirätekonferenz wären allerdings noch nicht geklärt. Der Ständige Ausschuss über Bürgerrechte und Beiratsangelegenheiten, der parallel bestehe, arbeite nicht effektiv. Die letzte Sitzung habe nur 20 Minuten gedauert. Die praktische Arbeit habe gezeigt, dass dieser Ständige Ausschuss, in dem die Beiräte noch nicht einmal ein Stimmrecht hätten, nicht sinnvoll sei.

Herr **Neumann-Mahlkau** wies darauf hin, dass darüber bis jetzt noch keine Einigung erzielt worden wäre. Eine gemeinsame Stellungnahme wurde daher nicht mehr abgegeben.

TOP 12: Mitteilungen

Herr **Neumann-Mahlkau** gab folgende Mitteilungen bekannt:

- 1.) Ein Schreiben von Herrn Grede, Borgfelder Landstraße, zur Umsetzung der Einengung. Nach Rücksprache mit Herrn Mathei habe er die Auskunft erhalten, dass nach Vorlage neuer Pläne die Anordnung zur Umsetzung erfolgen soll.
- 2.) Die Impfungen gegen die Schweinegrippe in der Arztpraxis Borgfelder Heerstraße jetzt beginnen werden.
- 3.) Der Beirat Horn-Lehe die Einrichtung einer Verkehrsregionalkonferenz vorgeschlagen habe. Dabei soll über Verkehrsplanungen, von denen die Bereiche Borgfeld, Oberneuland und Horn-Lehe gemeinsam betroffen sind, künftig eine gemeinsame Beratung erfolgen. Oberneuland habe dem Vorschlag bereits zugestimmt.
Der Verkehrsausschuss soll in seiner nächsten Sitzung darüber beraten.

Herr **Neumann-Mahlkau** schloss die Sitzung um 22.15 Uhr.

Der Schriftführer:



(Bauer)

Die Beiratssprecherin:



(Piontkowski)

Der Vorsitzende:



(Neumann-Mahlkau)